

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kittelmann, Dr. Abelein, Dr. Waigel, Dr. Wörner, Dr. Hüsch, Dr. von Geldern, Echternach, Amrehn, Höffkes und der Fraktion der CDU/CSU**

### **3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die bisherigen informellen Verhandlungsergebnisse der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen geben weiterhin zu großer Besorgnis Anlaß. Besonders auf dem Gebiete des Meeresbodenbergbaus und der Meeresforschung bestehen begründete Befürchtungen eines zu weit gehenden Dirigismus und einer damit verbundenen Überbürokratisierung.

Der Entschluß der Regierung der Vereinigten Staaten, vor weiteren Verhandlungen in eine gründliche Prüfung der bisherigen Ergebnisse einzutreten, eröffnet eine neue Möglichkeit zu Verbesserungen der informellen Texte.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist ein annehmbares Ergebnis der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen von großer Bedeutung. Ein Teil ihrer Rohstoffversorgung und damit der Grad ihrer außenwirtschaftlichen Abhängigkeit wird daran mitbestimmt werden. Die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist bei einem negativen Ergebnis gefährdet. Von der Präzedenzwirkung der Vereinbarungen auf den weiteren Nord-Süd-Dialog geht ein wesentlicher Einfluß auf die Gestaltung der künftigen Welthandelsbeziehungen aus.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Grundsätze, die gemäß den Beschlüssen auf Drucksachen 7/557, 8/661, 8/4328 im Rahmen eines neuen Seerechts zu beachten sind. Die darin zum Ausdruck gebrachten Bedenken bestehen in vollem Umfange fort.

Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Industriestaaten die kritische Überprüfung der bisherigen informellen Papiere zu nutzen, um den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Grundsätzen Geltung zu verschaffen;
2. das so erzielte Ergebnis als gemeinsames Konzept auf der Seerechtskonferenz nachdrücklich zu vertreten;

3. die Bemühungen um eine Wahl der Hansestadt Hamburg als Sitz des Seegerichtshofes fortzusetzen;
4. den Deutschen Bundestag über den Erfolg ihrer Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.

Bonn, den 16. Juni 1981

**Kittelmann**

**Dr. Abelein**

**Dr. Waigel**

**Dr. Wörner**

**Dr. Hüsch**

**Dr. von Geldern**

**Echternach**

**Amrehn**

**Höffkes**

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**